

# Übersichten

Dezember 1998

## Außenpolitik

### 1 Wie sich das chinesische Außenverhalten geändert hat: Rückblick auf 20 Jahre Reform

Im Dezember 1978 gelang es Deng Xiaoping und seinen Mitstreitern, sich gegen die maoistische Nachfolgerschaft (damals „Vierbande“ genannt) durchzusetzen, und zwar beim 3. Plenum des XI. ZK. Damals war China noch ein graues, isoliertes Land, in dem nur die Propagandatafeln und die Kleider der Kinder bunt aufzuleuchten pflegten. Die Außenwelt war für China damals exotisches Gelände, das aus drei Welten bestand, nämlich aus der Ersten Welt mit zwei Hegemonialstaaten, aus der Zweiten Welt mit den hochentwickelten, jedoch nicht-hegemonialen Ländern und einem breiten Sockel der Dritten Welt, der die meisten Völker dieser Welt zugerechnet wurden und zu der auch China gehörte.

Mit 110 Ländern unterhielt China damals diplomatische Beziehungen – mittlerweile, d.h. am Ende des Jahres 1998, sind es 163 Länder, mit denen nicht mehr ideologisch verfahren, sondern überaus pragmatisch umgegangen wird, wobei die wirtschaftlichen

Beziehungen eine überragende Rolle spielen: So hat sich China mittlerweile beispielsweise zum viertgrößten Handelspartner der USA, zum zweitgrößten Handelspartner (und zweitwichtigsten Investitionsziel) Japans, zum viertwichtigsten Handelspartner der EU und zum drittgrößten Handelspartner der Republik Korea entwickelt. Nicht mehr sozialistische Länder sind die wirtschaftlichen Hauptadressaten, sondern – in dieser Reihenfolge – Japan, die USA, die EU, die Republik Korea und die ASEAN.

Keine Weltfirma und keine ausländische Großbank, die seit dem Erlass des Joint-Venture-Gesetzes (1979) nicht eine Filiale im Reich der Mitte errichtet hätte. Im Zuge dieser Globalisierung hat China aber auch ausländische Spielregeln übernehmen müssen, angefangen vom Denken in Marktkategorien über modernes Unternehmensmanagement und zeitgemäße Buchhaltung bis hin zu Innovationen im Bank- und Finanzwesen. Staatsbetriebe sind z.T. kapitalisiert und in Aktiengesellschaften oder in GmbHs umgewandelt worden, die Zahl der ausländischen Joint Ventures, ja der zu 100% ausländischen Firmen und nicht zuletzt auch zahllose neue chinesische Familienbetriebe haben bunte Tupfer in das einst so graue Bild der Staats- und Kollektivunternehmen gebracht. Einige chinesische Firmen, darunter v.a. die Petrochemische Unternehmensgruppe, sind bereits auf dem Weg dazu, sich in die Liste der 500 Spitzenunternehmen der Welt einzureihen.

Auch in seiner multilateralen Außenpolitik hat China zulegen können.

So schickte es beispielsweise 1992 zum ersten Mal in seiner Geschichte Pioniereinheiten ins Ausland zu einem UNO-Blauhelm-Friedenseinsatz, und zwar nach Kambodscha.

Im September 1995 war China Gastgeber der (IV.) Internationalen Frauenkonferenz, an der über 10.000 Delegierte teilnahmen und an der sich – von der offiziellen Konferenz getrennt in Huairou – auch die einschlägigen Nichtregierungsorganisationen mit rund 31.000 Delegierten beteiligten.

Internationale Konventionen wurden nun – zumindest formell! – Bestandtei-

le des chinesischen Außenverhaltens. So unterzeichnete China beispielsweise 1992 die „Internationale Copyright-Konvention“, 1997 die „Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ und 1998 die „Konvention über bürgerliche und politische Rechte“.

Auch in die 1997 ausgebrochene asiatische Finanzkrise wurde China nolens volens mit hineingezogen und leistete hier einen Stabilisierungsbeitrag vor allem dadurch, daß es auf Abwertung des Renminbi-Yuan verzichtete.

War die Volksrepublik noch 1978 ein weitgehend isolierter Kosmos gewesen, so hat sie sich nach 20 Jahren zu einem festen Bestandteil der internationalen Gemeinschaft entwickelt, der vor allem Stabilitätsbeiträge zu leisten versucht – und sich übrigens prinzipiell gegen den Einsatz militärischer Mittel wendet, zuletzt wieder im Irak.

China betrachtet sich mittlerweile, wie immer wieder betont wird (z.B. XNA, 2.10.98), als „Mitglied des globalen Dorfes“. Hatte es noch in den 60er Jahren die „Revolution der Weltdörfer gegen die Weltstädte“ gepredigt, so fühlt es sich heutzutage – Seite an Seite mit den einst bekämpften Ländern – als „global villager“. Eines der vielleicht wichtigsten Verdienste der Reformier besteht darin, daß China heutzutage kaum noch als Bedrohung für die Sicherheit oder den Frieden der Welt betrachtet, sondern daß ihm gerade umgekehrt eher eine stabilisierende Rolle zugetraut wird, auch wenn seine Menschenrechtspolitik immer noch viele Fragen aufwirft und Kritik aufkommen läßt. Um Berechenbarkeit zu schaffen, hat China diplomatische Rahmenbereiche bereits „im Blick auf das 21. Jahrhundert“ errichtet und mit Ländern wie Japan, Rußland und der EU „Strategische“ oder aber „Konstruktive Partnerschaften“ errichtet. Gleichzeitig pocht es auf Multipolarität – und setzt sich „hegemonistischen“ Bestrebungen entgegen.

Zumindest in seinen urbanen Bereichen ist die Öffnung zur Welt hin auch im Alltag sichtbar: Die städtische Bevölkerung spielt inzwischen die üblichen internationalen Modetrends mit, befindet sich in den Anfängen einer Reisekultur, wird mit internationalen Filmen, Fernsehprogrammen

und Popmusik konfrontiert und konsumiert – unvorstellbar noch vor 20 Jahren – sogar Coca Cola: ein Getränk, dem bekanntlich auch symbolische Bedeutung zukommt!

Hätte jemand im Jahre 1978 Voraussagen geleistet, wie sie aus der Sicht des Jahres 1998 als Selbstverständlichkeiten registriert werden können, so wäre er vermutlich für verrückt erklärt, wenn nicht als „Revisionist“ oder „Kapitalist“ verurteilt worden! -we-

## 2 Scharfe Verurteilung des Militärschlags gegen den Irak

Vom 16. bis 20. Dezember 1998 griffen die USA und Großbritannien ohne vorherige Ankündigung unter dem Codenamen „Wüstenfuchs“ (desert fox) mehrere Städte des Irak an. Die Angriffe erfolgten in Form mehrerer hundert Marschflugkörper, die die Amerikaner von Schiffen im Persischen Golf und von B52-Bombern aus abfeuerten, sowie durch land- und seegestützte Kampfflugzeuge der Amerikaner und Briten, die zumeist von US-Luftwaffenbasen aus gestartet waren, vor allem vom türkischen Incirlik, vom israelischen Taif und aus Kuwait.

Der Militärschlag löste weltweit Proteste aus, und zwar nicht nur im Nahen Osten, sondern auch bei den Verbündeten der USA in Europa (außer in Großbritannien), vor allem aber bei den Ständigen UNO-Sicherheitsratsmitgliedern Rußland und China.

Der chinesische Protest äußerte sich in diesem Zusammenhang vor allem auf vierfache Weise:

– Da waren zunächst die Einwendungen des chinesischen UNO-Botschafters Qin Huasun gegen den Bericht des „Hauptinspektors“ der „UN Special Commission (UNSCOM) on Weapons Inspections“, Richard Butler: Dieser „Report“ sei überaus einseitig und offensichtlich darauf bedacht, die „Krise noch weiter anzuhetzen“ (XNA, 18.12.98). Qins Empörung wuchs noch an, als die Meldung vom Angriff der USA auf den Irak mitten in die Sicherheitsratssitzung vom Mittwoch, den 16.12., hineinplatzte – ein Verhalten, das unentschuldig sei.

– Am 17. Dezember verurteilte der Sprecher des chinesischen Außenmi-

nisteriums (m.a.W. also der chinesische Regierungssprecher), Sun Yuxi, die Luftangriffe mit scharfen Worten und forderte die USA zur sofortigen Einstellung aller militärischen Operationen auf. China sei über den Schlag gegen den Irak „schockiert“, hieß es (XNA, 18.12.98). Die USA müßten ihre militärischen Aktionen „auf der Stelle einstellen“, zumal es für ein solches Vorgehen „keinerlei Autorisierung durch den UNO-Sicherheitsrat“ gegeben habe. Damit seien die UN-Charta und internationale Normen verletzt worden, fügte Sun hinzu.

Um nicht den Eindruck zu erwecken, daß hier nur China protestierte, führte Xinhua (18.12.98) auch gleich noch Proteste anderer Staaten an, so z.B. Nicaraguas, Frankreichs, Italiens und Deutschlands.

– Ebenfalls am 17. Dezember setzte sich Staatspräsident (und Oberbefehlshaber der VBA) Jiang Zemin telefonisch mit dem russischen Präsidenten Boris Jelzin in Verbindung und einigte sich mit ihm auf eine gemeinsame Verurteilung des amerikanisch-britischen Vorgehens – ganz im Sinne der 1996 beschlossenen „Strategischen Partnerschaft“ (XNA, 19.12.98). Beide Seiten seien „tief besorgt über die möglichen Konsequenzen“. Sie bestünden auf einer sofortigen Einstellung aller Militäraktionen und auf einer Lösung aller Probleme durch friedliche Mittel (XNA, 18.12.98), hieß es. Irak müsse seine ABC-Waffen abrüsten, habe sich also die entsprechenden Inspektionen gefallen zu lassen, und zwar im Sinne der 1991 mit der UNO getroffenen Abmachungen. Militärische Gewaltanwendung aber müsse vorher vom UNO-Sicherheitsrat genehmigt werden. Um diese Erlaubnis führe kein Weg herum!

– Zynischer und mehr ins Detail gehend äußerte sich ein Sprecher der chinesischen „Nationalen Verteidigungsuniversität“ (Guofang Daxue). Er sagte voraus, daß die Militäraktionen nur kurze Zeit andauern würden, also eine Art Eintagsfliege seien. Dies lasse sich schon aus der Kräfteansammlung schließen: Anders als im Golfkrieg von 1991, als die kombinierten alliierten Kräfte rund 700.000 Soldaten, 1.740 Kampfflugzeuge, 3.700 Panzer, 5.600 gepanzerte Transportwagen, 247 Schiffe und 9 Flugzeugträ-

ger umfaßten, stünden diesmal lediglich 24.000 Soldaten, 200 Kampfflugzeuge, 22 Kriegsschiffe und 2 Flugzeugträger zur Verfügung. Außerdem hätten damals, 1991, nicht weniger als 39 Länder Truppen für den Kampf gegen den Irak bereitgestellt, so daß hier eine wahrhaft „multinationale Streitmacht“ zusammengesommen sei, während diesmal die USA und Großbritannien alleine stünden (XNA, 19.12.98).

Was die Motive des amerikanischen Vorgehens anbelangt, so hob ein Sprecher des „Strategischen Instituts der chinesischen Akademie für Militärwissenschaften“ drei vermutliche Gründe hervor: (1) Den USA und Großbritannien gehe es um Aufrechterhaltung der „Welthegemonie“, da sie ihren „Status als Weltführer“ dahinschwinden sähen, (2) ferner wollten sie die gegenwärtige irakische Führung stürzen: ein Ziel, das höchstwahrscheinlich nicht zu erreichen sei, und (3) sei es dem amerikanischen Präsidenten Clinton mit seinem Angriffsbefehl offensichtlich darum gegangen, die Gefahr eines Amtsenthebungsverfahrens (Impeachment) durch den US-Kongreß hinauszuschieben, also Zeit zu gewinnen (ebd.).

Mit dem zuletzt genannten Grund konnte der Sprecher an Äußerungen amerikanischer innenpolitischer Gegner Clintons anknüpfen. Hatte bisher nämlich die nationale Spielregel gegolten, daß innenpolitische Auseinandersetzungen zu schweigen hätten, sobald Amerika nach außen hin die Waffen sprechen läßt, so wurde der Präsident diesmal wegen des Verdachts angegriffen, er wolle durch den Angriffsbefehl von seinen innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken und seinen Kopf aus der Schlinge ziehen.

Mit ihrer Prognose von einer kurzen Dauer der Aktion haben die chinesischen Beobachter recht behalten: „Desert Fox“ dauerte mit gerade einmal vier Tagen nicht einmal so lange wie der „Desert Storm“ von 1991, der sich immerhin über rund zwei Wochen erstreckt hatte.

Auch die Erfolgsbilanz des Unternehmens fiel überaus bescheiden aus:

Erstens nämlich wurde Saddam nicht ausgeschaltet: Gefährlich hätten ihm nur drei Ereignisse werden können,

nämlich entweder ein (als solcher unwahrscheinlicher) Armeeputsch oder ein Aufstand der Kurden im Norden oder aber eine Rebellion der schiitischen Bevölkerungsmehrheit (60%) im Süden. Die Unzufriedenheit der Schiiten wäre bereits 1991 ein günstiger Ansatzpunkt für die USA gewesen, um eine wirklich glaubhafte Anti-Saddam-Front aufzubauen. Doch wurde die Chance damals nicht genutzt, da vor allem die Strategen im Pentagon davor gewarnt hatten, daß der Irak in drei Teile auseinanderbrechen könnte, nämlich einen schiitischen Süden, einen sunnitischen Mittelteil und einen kurdischen Norden, und daß das Zweistromland dann vielleicht noch mehr destabilisiert würde. Im übrigen müssen sich die Amerikaner auch immer wieder den Hinweis darauf gefallen lassen, daß sie lange Zeit ja die Verbündeten Saddams in dessen Kampf gegen den Iran gewesen waren.

Auch das zweite (wahrscheinliche) Ziel, die ABC-Waffen des Irak zu zerstören, ist durch die Operation Wüstenfuchs keineswegs erreicht worden. Vielmehr hat es, worauf übrigens die Chinesen mehrere Male hinwiesen, auch unter der Zivilbevölkerung Opfer gegeben (Hinweise: XNA in SWB, 23.12.98). So zielgenau, wie die US-Propaganda behauptete, waren die „intelligenten Bomben“ also doch nicht!

Zum Teil ist der Schuß mittlerweile nach hinten losgegangen, da Saddam die Isolation der USA im Sicherheitsrat befriedigt zur Kenntnis genommen hat und daraus nun Honig für systematische Sticheleien gegen Washington saugen kann, indem er sich u.a. nicht mehr an die Flugverbote im Norden und im Süden des Landes halten will, die die Amerikaner nach 1991 dekretiert hatten, um, wie es hieß, Luftangriffe auf die Kurden (im Norden) und auf die Schiiten (im Süden) zu verhindern.

Noch kurz vor Jahresende kam es in der nördlichen „No-Fly-Zone“ zu Gefechtsberührungen zwischen amerikanischen Flugzeugen und irakischen Flakbatterien.

Auch zu dieser nun plötzlich hochaktuell werdenden Frage der Flugverbotszonen nahm der chinesische Sprecher Zhu Bangzao am 29. Dezember eindeutig Stellung – wörtlich:

„Wir sind der Auffassung, daß die Errichtung von Flugverbotszonen auf irakischem Gebiet die UNO-Charta und völkerrechtliche Normen verletzt“ (XNA, 30.12.98). Nach chinesischer Auffassung übt der Irak hier also Notwehr zur Verteidigung seiner Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit aus.

Um einen Rekurs auf *diplomatische* Lösungsmittel führe kein Weg herum. Ganz in diesem Sinne äußerte sich auch Chinas Außenminister Tang Jiaxuan in Gesprächen mit seinem russischen Amtskollegen Igor Iwanow (XNA, 23.12.98).

Warum wendet sich China mit solcher Vehemenz gegen das militärische Vorgehen der Amerikaner und der Briten?

Da sind zunächst einmal prinzipielle Bedenken: Anwendung von militärischer Gewalt ohne Legitimierung durch den Sicherheitsrat dürfe am Ende des 20. Jh. nicht mehr stattfinden (XNA, 20.12.98). Damit würden, wie gesagt, Völkerrecht und internationale Spielregeln „unterminiert“ – mit unabsehbaren Folgen, da sich nun auch andere Staaten ähnliche Rechte herausnehmen könnten.

Zweitens ist China verärgert darüber, daß seine seit Monaten vorgetragenen Appelle zur friedlichen Lösung der Irakfrage (dazu C.a., 1998/2, Ü 1) von den Amerikanern so mir nichts, dir nichts einfach vom Tisch gewischt wurden und daß die Angriffe nicht nur ohne jede vorherige Konsultation erfolgten, sondern auch noch zynisch in einen Zeitraum hineinverlegt wurden, da der UN-Sicherheitsrat gerade tagte – ein Gesichtverlust für die VR China!

Drittens aber hat China, das seit 1993 Netto-Ölimporteur ist, mit dem Irak mittlerweile mehrere Verträge geschlossen und möchte mit ihm voll ins Geschäft kommen, sobald einmal das antiirakische Embargo aufgehoben ist. Bereits in den ersten zehn Monaten des Jahres 1998 hat China 15 Mio. t Öl aus Nahost eingeführt – 20% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Bis zum Jahr 2000 braucht China vermutlich rund 40 Mio. t Öl mehr, als es selbst produzieren kann (AWSJ, 18. und 19.12.98). Das ausgelaugte, aber öllieferstarke Zweistromland wäre hier ein geradezu idealer Partner. Beijing nutzt alle Möglichkeiten, die ihm seine Mitgliedschaft im Ständigen Ausschuß

des Sicherheitsrats gewährt, um militärische Konflikte im Nahen Osten so weit wie möglich zu dämpfen. Nichts hätte in diese strategische Planung weniger passen können als der erneute militärische Angriff auf den Irak.

Allerdings geht es der VR China keineswegs darum, die USA im Stil alter Propagandatiraden herauszufordern; wie ihre Washington-Politik seit vielen Monaten zeigt, richten sich alle Bemühungen vielmehr darauf, mit der US-Regierung, nicht zuletzt aber auch mit der öffentlichen Meinung Amerikas eine Aussöhnung herbeizuführen. Ganz in diesem Sinne war die Tonart der chinesischen Erklärungen zu den Irak-Angriffen überaus gemäßigt: In den amtlichen Medien wurden die amerikanischen Angriffsbegründungen ebenso ausgewogen dargestellt wie die irakischen Gegenargumente. Auch das Fernsehen griff ausführlich auf internationales Material zurück, das von den chinesischen Zuschauern denn auch voller Interesse registriert wurde.

Gleichwohl wollte Beijing in aller Deutlichkeit zu erkennen geben, daß die Toleranzschwelle mit der Aktion Wüstenfuchs überschritten worden sei.

Auch gegenüber Großbritannien herrschte Zurückhaltung: Das Land wurde im Zusammenhang mit dem Angriff auf den Irak als „kleiner Assistent“ der USA bezeichnet (XNA in SWB, 18.12.98), also zurückhaltend tituliert, während der irakische Außenminister von einer „kleinen Ratte“ gesprochen hatte.

China kann im übrigen darauf verweisen, daß andere asiatische Regierungen, vor allem in Kuala Lumpur und Delhi, mit weitaus schärferen Protestgeschützen aufgefahren sind.

Die irakfreundliche Haltung Chinas scheint im übrigen kein Hindernis auch für gute chinesisch-iranische Beziehungen zu sein. Am 1. Dezember wies der iranische Präsident Chatami auf das Interesse seines Landes hin, möglichst gute Beziehungen zur Volksrepublik zu unterhalten. Der Iran betrachte die „Beziehungen zwischen Teheran und Beijing als Verbindung von strategischem Gewicht“ (XNA, 3.12.98). -we-

### 3 Nachtrag zum 6. APEC-Gipfel

Am 17. und 18. November hat in Kuala Lumpur, wie bereits berichtet (C.a., 1998/11, Ü 3), die sechste Gipfelkonferenz der APEC stattgefunden.

Einzelheiten der Vorschläge, die Jiang Zemin dabei unterbreitet hat, seien im vorliegenden Zusammenhang nochmals systematisch aufgeführt. Zweck der Wiedergabe soll es u.a. auch sein, etwas vom sprachlichen Aroma der Ausführungen Jiangs zu vermitteln.

Jiang ging davon aus, daß die „Finanzkrise“ (*jin'e weiji*) immer noch anhalte und daß die APEC-Mitglieder daher versuchen müßten, *gemeinsam* aus der Gefahrenzone herauszukommen. Der „Trend der wirtschaftlichen Globalisierung“ (*jingji quanqiuhua qushi*) dürfe niemanden gleichgültig lassen, sondern erfordere von allen Ländern „aktive Beteiligung“ (*jiji can hezuo*) sowie „internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (*guoji jingji hezuo*): würden die Volkswirtschaften doch „gegenseitig immer abhängiger und beeinflusbarer“ (*xianghu yicun, xianghu yinxiang*).

Nach alledem komme es darauf an, eine „gerechte und vernünftige“ (*gongzheng helide*) „neue Weltfinanzordnung“ (*guoji jin'e xin zhixu*) einzurichten, die auf drei Prinzipien beruhen müsse, nämlich auf der Stärkung der internationalen Kooperation (in Richtung Verringerung der Schuldenlast), Restrukturierung des internationalen Finanzsystems und Respektierung der politischen Maßnahmen, die ein von der Krise betroffenes Land trifft, um sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen.

Neben diesem Dreivorschlag wurde auf Initiative Chinas auch noch die „APEC-Agenda für die wissenschaftlich-technologische industrielle Kooperation im 21. Jahrhundert“ beschlossen (*zou xiang 21 shiji de keji chanye hezuo yicheng*). Für den betreffenden Fond stelle China 10 Mio. US\$ zur Verfügung.

Die gegenseitige Zusammenarbeit solle auch durch die Gründung einer „China-APEC-Unternehmensorganisation“ gefördert werden (*Zhongguo Yatai jinghe zuzhi*).

Jiang sprach sich energisch gegen jede Form von „Handelsprotektionismus“

(*maoyi baohuzhuyi*) aus und forderte statt dessen „Handels- und Investitionsliberalisierung“ (*maoyi touci ziyouhua*).

Die drei Prinzipien „Respekt vor der Vielfalt“ (*cunchong chabie* [...]), „Freiwilligkeit“ (*zizhu ziyuan*) und „Konsens durch Konsultationen“ (*xieshang yizhi*) seien Leitlinien der APEC-Arbeit, die sich bisher bestens bewährt hätten und die auch in Zukunft erhalten werden müßten – und zwar auch im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit.

Jiang versäumte auch nicht, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es sich bei der APEC (*Yatai jinghe zuzhi*) um eine „informelle“ (*fei zhengshide*) Versammlung handle und daß diese Informalität als solche von großem Vorteil sei.

Jiang Zemin wies während der APEC-Konferenz auch mehrere Male darauf hin, daß China bei seinem wirtschaftlichen Aufbau auf Ökotechnik setze. Hier gebe es einen Kooperationsbereich, der die 21 Volkswirtschaften des asiatisch-pazifischen Raums auf einen gemeinsamen Nenner bringen könne.

Die Zusammenarbeit in der Ökotechnik und die Liberalisierung in Handel und Investitionen seien die Eckpfeiler künftiger APEC-Politik. -we-

### 4 „Europa immer bedeutender für China“

In einem Xinhua-Kommentar (XNA, 18.12.98) wird auf die zunehmende Bedeutung der EU für China hingewiesen.

Erstens einmal hätten sich die EU-Länder 1998 darauf geeinigt, daß sie sich in Zukunft nicht mehr an den bisher üblichen Anträgen zur Verurteilung Chinas wegen Menschenrechtsverletzungen vor der UNO beteiligen wollten. Darüber hinaus hätten sie eine Politik unter dem Titel „Aufbau einer umfassenden Partnerschaft mit China“ eingeschlagen.

Zweitens hätten sich 1998 chinesische und europäische Politiker gegenseitig die Klinke in die Hand gegeben. Li Peng und Zhu Rongji besuchten die Niederlande, Großbritannien, Frankreich und eine Reihe anderer EU-Länder, während der Präsident der EU, Jacques Santer, und der Stellvertretende EU-Vorsitzende Leon Brit-

tan sowie die Ministerpräsidenten von sechs EU-Ländern (aus Irland, Frankreich, Großbritannien, Spanien, Belgien und Finnland) nach China gekommen seien.

Bundeskanzler Schröder besucht im Mai 1999 die Volksrepublik, und zwar nicht nur als deutscher Bundeskanzler, sondern auch als (halbjähriger) Präsident der EU.

Bisweilen sieht sich China schon fast zur Erklärung gezwungen, daß die enge Zusammenarbeit mit der EU keineswegs einen Gegenakzent zu den USA setzen solle. Vielmehr stehe Multipolarisierung an!

Drittens nehmen die Außenwirtschaftsbeziehungen zu: Nach chinesischen Statistiken hat sich das Handelsvolumen zwischen China und der EU in den ersten drei Quartalen von 1998 auf 33,89 Mrd. US\$ belaufen – ein Anstieg von +16,6% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Chinas Importe aus den EU-Ländern machen 13% seiner Gesamteinfuhr aus. Inzwischen ist China zum Außenhandelsland Nr.10 in der Welt und zum drittgrößten nichteuropäischen Handelspartner der EU geworden.

Auch im Alltagsbild rückt Europa näher an China heran: Irische Pubs, deutsche Kneipen, italienische Pizzerien, spanische Tapas-Restaurants und französische Bistros gehören längst zum Alltagsbild in Beijing, Shanghai oder in so mancher Küstenstadt. Sie bilden dort eine Alternative zu den – ebenfalls reichlich vorhandenen – amerikanischen Fast-Food-Ketten wie McDonalds, Kentucky Fried Chicken und New York Delis, die erstaunlicherweise auch bei den kulinarisch anspruchsvollen Chinesen Anklang finden!

Längst hat China auch sein Interesse am Euro bekundet und in Aussicht gestellt, daß es einen Teil seiner Devisen in dieser neuen, seit 1. Januar 1999 gültigen Währung anlegen will. -we-

### 5 Bonn weist Chinas Kritik an Außenminister Fischer zurück

Am 3. Dezember war der weltweit bekannteste chinesische Dissident, der erst 1998 aus dem Gefängnis entlassene und in die USA exilierte Wei Jingshen, mit Außenminister Fischer in Bonn zusammengetroffen. Das chi-

nesische Außenministerium hatte daraufhin am 4. Dezember folgende Erklärung herausgegeben: „Wei Jingshen ist nicht ein Kämpfer für Demokratie, sondern ein Krimineller, der ganz offen für den Sturz der chinesischen Regierung eintritt. Wir bedauern, daß der deutsche Außenminister und andere Regierungsmitglieder mit Wei Jingshen zusammengetroffen sind.“ (*Minbao* in SWB, 7.12.98)

Fischer traf am gleichen Tag übrigens auch mit dem am 17. November aus Beijing ausgewiesenen *Spiegel*-Reporter Jürgen Kremb zusammen.

Regierungssprecher Heye wies die Kritik an Fischer zurück. Es gebe in Deutschland keine „Gesprächsverbote“ und es sei ganz natürlich für ein Regierungsmitglied, daß es sich da und dort auch einmal mit Dissidenten ins Benehmen setze (DDP in SWB, 7.12.98). Wei traf auch mit dem Chef des Kanzleramts, Michael Steiner, zusammen.

Am 4. Dezember gab Bundeskanzler Schröder bekannt, daß er „höchstwahrscheinlich im Mai 1999“ nach China reise (FAZ, 5.12.98). -we-

## 6 Erneute Ausweisung eines Spiegel-Korrespondenten

Am 18. November wurde der *Spiegel*-Korrespondent Jürgen Kremb aus der VR China ausgewiesen. Kremb wurde aufgefordert, das Land binnen 48 Stunden zu verlassen. Der 41jährige war damit der zweite ausländische Journalist innerhalb von zwei Monaten, den dieser behördliche Bannstrahl traf. Beijing warf Kremb vor, sich illegal chinesische Geheimdokumente beschafft zu haben – wohl eine Umschreibung für den aus Beijinger Sicht allzu lockeren Umgang des Korrespondenten mit chinesischen Dissidenten. Kremb hatte China bereits im Juli 1998 verlassen und in Singapur eine neue Wirkungsstätte gefunden. Nach Beijing sei er, eigenen Angaben zufolge, nur noch für „harmlose Abschiedsgeschichten“ zurückgekehrt.

Kremb darf den Boden der VR China fünf Jahre lang nicht mehr betreten. Bei seinem Abschied ließ er die Beamten des „Ministeriums für Staatssicherheit“ wissen, daß dieser Zeitraum aus seiner Sicht gut gewählt sei, da bis dahin in China ohnehin demokratische Zustände herrschten und das Sicher-

heitsministerium dann wohl überflüssig geworden sei.

Die Aktion begann damit, daß ein Kommando von acht Beamten des Sicherheitsministeriums – mit einem Hausdurchsuchungs- und Haftbefehl ihres Ressorts ausgestattet – ins Büro des Korrespondenten stürmten, es vier Stunden lang durchsuchten und Dokumente hinterlegten, die sie später als Fundstücke und als „Geheimdokumente“ „entdeckten“. Hierbei forderten sie den Korrespondenten auf, ein „Geständnis“ abzulegen. Als dieser sich weigerte, wurde ihm gedroht, daß er in Handschellen gelegt und verhaftet werde. Schließlich freilich verzichteten die Beamten auf die Verhaftung, ordneten aber eine Ausreisesperre an, die bis zum Abschluß des Untersuchungsverfahrens dauern sollte.

Am nächsten Tag kam das gleiche Kommando erneut ins Büro, drängte den Korrespondenten unter Einsatz von Gewalt gegen die Wand, filmte ihn mit einer Videokamera und las ihm die Ausweisungsanordnung vor. Zeitgleich wurde der Pressereferent der deutschen Botschaft ins chinesische Außenministerium zitiert, wo er unter Hinweis darauf, daß dies eine Entscheidung der Staatssicherheit sei, über die Ausweisung Krembs informiert wurde.

Das Bonner Auswärtige Amt bestellte als Reaktion auf die Ausweisung den chinesischen Botschafter in Bonn ein und äußerte sein „Befremden“.

Bereits am 3. Oktober war der Korrespondent der japanischen Zeitung *Yomiuri Shinbun* ausgewiesen worden. Auch ihm gegenüber hatte die chinesische „Stasi“ den Vorwurf erhoben, er habe Geheimdokumente besessen. Vermutlich waren diese „Geheimdokumente“, ähnlich wie im Falle Kremb, vorher von den Sicherheitsbeamten mitgebracht – und dann so gleich „entdeckt“ worden.

Das Verhalten der Sicherheitsbehörden gibt Rätsel auf, weil es für das Ansehen Chinas im Ausland erneut schädlich war.

Wieder einmal scheint es hier zu Konflikten innerhalb der einzelnen chinesischen Ressorts gekommen zu sein; beeilte sich doch der Sprecher des Außenministeriums, die Ausweisung Krembs als „isolierten Fall“ zu bezeichnen, der nichts mit den Beziehungen zu Deutschland insgesamt zu tun ha-

be. China (gemeint ist wohl das chinesische Außenministerium) sei davon überzeugt, daß eine Zusammenarbeit mit Deutschland auch unter der neuen Bonner Regierung solide ausgebaut werden könne.

Möglicherweise wurde die Aktion gegen den Korrespondenten im Zeichen einer neuen Kampagne gestartet, die den konservativen Kräften um Li Peng und Deng Liqun wieder mehr Auftrieb verschaffen soll und in deren Verlauf ja auch zahlreiche Dissidenten, u.a. die Initiatoren für die Gründung einer *Minzhudang*, verhaftet worden sind. Der Zeitraum für eine solche Kampagne scheint günstig: Am 18.12.1998 jährte sich der Beginn der Reformen in China zum 20. Mal. Außerdem steht ein Jahr mit der kritischen Zahl 9 im Raum, die an emanzipatorische Ereignisse und Rückschläge erinnert – man denke an den 4. Mai 1919, an den Beijinger Frühling von 1979 sowie an den „Tiananmen-Zwischenfall“ von 1989!

In den 80er Jahren war bereits der *Spiegel*-Korrespondent Terzani und Ende 1995 der damalige Korrespondent der *Frankfurter Rundschau*, Henrik Bork, wegen kritischer Berichterstattung ausgewiesen worden. -we-

## 7 50. Jahrestag der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ in Paris

Am 10. Dezember 1948 war von der UNO-Vollversammlung im Palais de Chaillot die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ verabschiedet worden. Aus diesem Grunde wurde die Hauptveranstaltung zum 50jährigen Jubiläum ebenfalls nach Paris verlegt, und zwar erneut ins Palais de Chaillot, in dem ein internationaler Festakt stattfand – begleitet von anderen Veranstaltungen, die beispielsweise unter der Regie von amnesty international standen.

Für China wurde die Veranstaltung in Paris deshalb zu einem Anlaß von Sondererklärungen und Protesten, weil u.a. auch der Dalai Lama eingeladen worden war, und zwar nicht nur zum offiziellen Festakt, sondern auch zu einem gemeinsamen Mittagessen mit Staatspräsident Chirac, an dem hauptsächlich Friedensnobelpreisträger teilnehmen sollten, zu denen ja bekanntlich seit 1989 auch der Dalai Lama gehört.

**CHINA aktuell**

Am 8. Dezember drückte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhu Bangzao, den „ernsthaften Protest“ Chinas gegenüber der französischen Regierung aus. Der Dalai Lama sei nicht nur ein gewöhnlicher Geistlicher, sondern ein Politiker, dem es darum gehe, das chinesische Vaterland zu spalten. Er habe immer wieder die Unabhängigkeit Tibets gefordert und versuche in einem fort, die „Tibetfrage zu internationalisieren“. Man vergesse auch nicht, daß er zu seiner Zeit als Gottkönig „die menschlichen Grundrechte einer großen Zahl von tibetischen Sklaven mit Füßen getreten hat“. Er sei also ganz gewiß nicht qualifiziert, zu einem Gedenktag für die Menschenrechte geladen zu werden.

Wenn Frankreich ungeachtet solcher Bedenken bei seiner Einladung bleibe, so könne dies die Partnerschaft zwischen beiden Seiten ernsthaft gefährden (XNA in SWB, 10.12.98). -we-

## 8 Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den Marshall-Inseln

Iberoamerika und die Länder des Südpazifik gehören aus Beijinger Sicht zu den diplomatischen Erdbebengebieten, weil Taiwan hier immer wieder Erschütterungen auslösen kann – so auch am Jahresende 1998.

Am 11. Dezember brach die VR China die diplomatischen Beziehungen zu den Marshall-Inseln ab, nachdem diese beschlossen hatten, Botschafter mit Taipei auszutauschen. Dieser Schritt sei unvereinbar mit dem zwischen Beijing und Majuro am 16. November 1990 abgeschlossenen Aufnahmeprotokoll, in dem Taiwan als ein „unabtrennbarer Teil des chinesischen Territoriums“ bezeichnet worden war, hieß es von chinesischer Seite (XNA, 12.12.98).

Nachdem Taiwan am 2. November 1998 Tonga diplomatisch „verloren“ hatte, hat es zum Ausgleich also nun die Marshall-Inseln „bekommen“ – ein befriedigendes Bilanzergebnis für 1998, obwohl außerhalb des Pazifik im gleichen Jahr drei Verluste zu verkraften waren, nämlich die Beziehungen mit Südafrika, mit Zentralafrika und mit Guinea-Bissau.

Taiwan wird weltweit immer noch von 27 Staaten anerkannt – davon 4 im Pa-

zifik, 15 in Lateinamerika, 7 in Afrika und überdies vom Vatikan.

Tröstlich für Beijing, daß fast gleichzeitig mit dem „Verlust“ der Marshall-Inseln der Ministerpräsident von Papua-Neuguinea nach China kam und dort die Beziehungen seines Landes mit Beijing aufs schönste beschwor (XNA, 16. und 17.12.98). -we-

## 9 WTO-Beitritt

Unter welchen Umständen wird sich China mit dem Beitritt Taiwans einverstanden erklären?

Nach Auskunft des Regierungssprechers vom 17. November geht Beijing hier von zwei Vorstellungen aus:

Erstens darf Taiwan nicht als Staat, sondern lediglich als „separates Zollgebiet“ beitreten, und zweitens kann dieser Beitritt erst dann erfolgen, wenn zuerst China WTO-Mitglied geworden ist. Dieses Sukzessiv-Prinzip sei 1982 noch im Rahmen des alten GATT festgelegt worden und müsse auch unter der WTO-Ägide beibehalten werden. Versuche „einiger Kräfte“, diese Reihenfolge umzudrehen und Taiwans WTO-Mitgliedschaft derjenigen der VRCh zeitlich vorzuziehen, seien zum Scheitern verurteilt.

An der „Liberalisierungs“-Politik Chinas, die Voraussetzung für einen Beitritt zur WTO ist, wollen ausländische Beobachter mittlerweile dunkle Flecken entdeckt haben. Zum einen habe China die bei der Vancouver-Konferenz beschlossenen „Liberalisierungsmaßnahmen in 9 Bereichen“ noch nicht durchgeführt (so SCMP, 19.11.98), zum anderen seien die umfangreichen Steuerrückvergütungen, die der Staat mittlerweile den Exportbetrieben gewähre, eine Art Subvention und eine versteckte Abwertung des RMRB-Yuan.

Gegen Behauptungen dieser Art hat sich nun das Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Zusammenarbeit gewandt. Nach den GATT- und WTO-Bestimmungen gälten die Steuerrückvergütungen nicht als Subvention, falls sie die Höhe der legalen Besteuerung nicht überschritten. Chinas Exportsteuerrückvergütungsrate belaufe sich lediglich auf 9-11%, während die legale Steuerrate 13-17% betrage. -we-

## 10 5,5 Mrd. US\$ für die Linderung der asiatischen Finanzkrise

Auf Nachfrage von Journalisten, wie China zur Linderung der Asienkrise beitrage, gab der Regierungssprecher bei der Pressekonferenz vom 17. November bekannt, daß China trotz der Opfer, die ihm durch die Sommerfluten auferlegt worden seien, einen dreifachen Beitrag geleistet habe, nämlich erstens durch Aufrechterhaltung der Stabilität des Renminbi, zweitens durch Verzicht auf eine Abwertung, die hohe Opfer erfordere, und drittens durch Gewährung von Finanzmitteln in Höhe von 5,5 Mrd. US\$ über den Internationalen Währungsfond sowie über bilaterale Kanäle. Zu diesen 5,5 Mrd. habe die SVZ Hongkong 1 Mrd. US\$ beigetragen (BRu, 1998, Nr.49, S.11). -we-

## 11 Beijing bewirbt sich um die Ausrichtung der Olympiade i.J. 2008

Nachdem die chinesische Hauptstadt 1993 mit ihrer Bewerbung um die Olympiade 2000 gescheitert war (Hauptursache dafür waren die „Tiananmen-Ereignisse“ von 1989), unternimmt sie nunmehr einen zweiten Anlauf.

Zu diesem Zweck überreichte der Bürgermeister der Hauptstadt am 25. November dem Präsidenten des Nationalen Olympischen Komitees, Wu Shaoyu, in der Großen Halle des Volkes einen offiziellen Bewerbungsantrag.

Beijing war mit diesem Schritt einer Anregung des IOK-Präsidenten Samaranch gefolgt, der bei der IOK-Tagung in Seoul im September 1998 einen Wink in Richtung Beijing abgegeben hatte.

Die Olympischen Spiele fanden 1992 in Barcelona und 1996 in Atlanta statt. Sydney hat Beijing bei der Ausrichtung der Olympiade 2000 verdrängt; 2004 ist Athen an der Reihe.

Die VR China erhofft sich einen Zuschlag aus zwei Gründen: Erstens befinde sich das Land z.Z. in einem Zustand der Stabilität und des Aufstiegs, zweitens aber gehöre es mit zu den IOK-Spielregeln, daß sich die Kontinente als Gastgeber der Olympischen Spiele abwechseln. 2008 kann eigent-

lich nur Asien oder Afrika in Betracht kommen.

Das IOK stimmt im September 2001 über die Gastgeberschaft von 2008 ab.

Der neuerliche „Rückfall“ im Umgang mit Dissidenten, wie er gerade im Dezember 1998 wieder zutagegetreten ist, könnte die Chancen der Volksrepublik erneut schmälern, falls sich bis 2001 nicht eine grundlegende „Besserung“ einstellt. -we-

---

## Innenpolitik

---

### 12 Jiang Zemin und Li Peng warnen vor „feindlichen Kräften“ und lehnen „westliche Demokratie“ ab

Staats- und Parteichef Jiang Zemin hat im Dezember in mehreren Reden die Aufrechterhaltung der staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen „Stabilität“ zum erstrangigen Ziel der Regierungsarbeit erklärt und eine harte Linie gegenüber allen Herausforderungen durch Korruption in der Funktionärsschicht, politische Opposition und soziale Unruhen angekündigt. Die Parteispitze ist zum Ende des Jahres offenkundig zu dem Schluß gekommen, daß die politische, soziale und wirtschaftliche Lage durch schwerwiegende Spannungen gekennzeichnet ist, die nur durch entschlossene staatliche Disziplinierungsmaßnahmen im Zaume zu halten sind. Mit Blick auf das kritische Jahr 1999 mit seinen vielen symbolträchtigen Jahrestagen (insbesondere den runden Jahrestagen der Protestbewegung von 1989 und der Gründung der VR China 1949) bekennt die Parteiführung sich nun offen zu einem restriktiven und repressiven Kurs gegenüber allen Gefährdungen der Parteiherrschaft.

Das derzeitige politische System unter Führung der Kommunistischen Partei, so sagte Jiang auf einer Konferenz zum 20. Jahrestag des Reformplenums von 1978 sowie auf einer nationalen Tagung des Polizei- und Justizapparats, dürfe unter keinen Umständen erschüttert oder geschwächt werden. Westliche politische Systeme dürften niemals kopiert werden. Nur die Beibehaltung und „Vervollkommnung“ des sozialistischen politischen

Systems werde die Einheit Chinas, soziale Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten. Die Globalisierung ziehe weitreichende Folgen für die „ökonomische Sicherheit“ Chinas nach sich. Die Souveränität Chinas müsse deshalb mit großer Wachsamkeit gegenüber den Infiltrationsversuchen „innerer und äußerer feindlicher Kräfte“ verteidigt werden. Alle Faktoren, die die Stabilität gefährdeten, müßten bereits im Keime erstickt werden. Den Sicherheitsorganen komme hierbei eine entscheidende Rolle zu. (Xinhua, 18./23.12.1998)

Die Nummer Zwei in der Parteihierarchie, NVK-Präsident Li Peng, äußerte sich in ähnlicher Weise wie Jiang Zemin offen ablehnend gegenüber der „westlichen Demokratie“ und politischer Liberalisierung in einem Interview mit dem *Handelsblatt* (HB, 1.12.1998). Als wichtige „Lehren“ und Bezugspunkte für seine Äußerungen verwies Li Peng auf die Erfahrungen mit einem politischen Ordnungsverlust während der Periode der „Kulturrevolution“, auf die negativen Folgen der Desintegration der KPdSU sowie auf die aus seiner Sicht abstoßenden Seiten des westlichen Parlamentarismus, der zu destruktiven politischen Konflikten und Entscheidungsblockaden führe: „Wirtschaftliche Entwicklung beruht auf politischer Stabilität. Man muß einen Mittelweg zwischen Reform, Entwicklung und Stabilität finden.“

Zu Versuchen, oppositionelle Organisationen in China zu gründen, sagte Li Peng: „Wir werden uns solche Organisationen genau anschauen. Wenn sie gegen die Verfassung und die Grundsätze der chinesischen Politik verstoßen, gegen die sozialistische Marktwirtschaft und gegen die nationale Einheit sind, politische Unabhängigkeit und ein Mehrparteiensystem fordern oder gar die Führung der KP in Frage stellen, werden wir sie nicht dulden“.

Die jüngsten Erfahrungen der „Asienkrise“ haben offensichtlich einen tiefen Eindruck in der politischen Führung hinterlassen und das Mißtrauen gegenüber außenwirtschaftlichen Liberalisierungsschritten erheblich vergrößert. Li Peng: „Entwicklungsländer müssen sich im Finanzsektor schützen, sonst werden wir wieder unter dem Joch der reichen Länder leiden und unsere Souveränität verlieren.“ -hei-

### 13 Harte Urteile gegen Dissidenten – Verschärfung der politischen Repression

Im November und Dezember hat die chinesische Justiz ihre zwischenzeitlich duldsame Haltung gegenüber den Aktivisten der oppositionellen „Demokratischen Partei Chinas“ und anderer Untergrundorganisationen aufgegeben. (Siehe Xinhua, 22.12.1998; NYT, 28./30.12.1998; AWSJ/IHT, 28.12.1998; zum Hintergrund s. im Detail C.a., 1998/9, S.933-936.)

Vier Dissidenten – Xu Wenli, Qin Yongmin, Wang Youcai und Zhang Shanguang – wurden im Dezember in Schnellverfahren und teils ohne Rechtsbeistand zu Haftstrafen zwischen zehn und dreizehn Jahren verurteilt. Ihnen wurden „Umsturzversuch“, illegale Beziehungen zu „feindlichen Organisationen im Ausland“ beziehungsweise Verrat von „Staatsgeheimnissen“ angelastet.

Zwei Mitglieder der chinesischen Exilopposition – Zhang Lin und Wei Quanbao – , die sich (auf einem Lastwagen versteckt) nach China eingeschmuggelt hatten, um die dortigen politischen Aktivitäten zu unterstützen, wurden aufgegriffen und wegen illegalen Grenzübertritts sowie angeblicher Kontakte zu Prostituierten zu dreijährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

Bei allen sechs Verurteilten handelt es sich um Veteranen der Protestbewegung von 1989, die von der chinesischen Justiz als „Rückfällige“ besonders hart bestraft werden.

Die Repressionswelle steht im Zusammenhang mit einer allgemeinen Verschärfung des politischen Klimas und intensivierten Disziplinierungsbemühungen der Parteispitze gegenüber allen „Faktoren“ der Instabilität (siehe die Übersicht „Jiang Zemin und Li Peng warnen vor 'feindlichen Kräften' und lehnen 'westliche Demokratie' ab“ in diesem Heft). Vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftlicher und sozialer Spannungen und unter dem Eindruck der „Asienkrise“ ist die chinesische Führung seit den Sommermonaten schrittweise in einen restriktiven „Krisenmodus“ eingeschwenkt, der schon wie in früheren Krisenperioden eine weitreichende Zentralisierung und Ideologisierung der politi-